

## Statement

### — **Stefan Körzell**

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

### — **Jahrespressekonferenz**

Berlin, 9. Februar 2022

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seit gut zwei Wochen befindet sich der Referentenentwurf für die einmalige Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro in der Ressortabstimmung. Wir setzen darauf, dass dieses Gesetz im weiteren Verfahren nicht verwässert wird – und dass die 12 Euro zum 1. Oktober auch kommen. Es handelt sich hier um einen minimalinvasiven Eingriff in das Mindestlohngesetz, der aber nötig ist. Danach kehren wir zum bewährten Verfahren zurück. Es ist dann wieder an der Mindestlohnkommission, einen Vorschlag für die Anpassung des Mindestlohns zu machen. Von einem Eingriff in die Tarifautonomie kann hier wohl kaum die Rede sein. Viele Arbeitgeber haben bis zum heutigen Tag nicht erkannt, dass ihre Flucht aus der Tarifbindung überhaupt erst den Anlass dafür geliefert hat, die Notbremse per Gesetz zu ziehen. Um den sozialen Frieden nicht noch weiter zu torpedieren braucht es dann eben Mindestbedingungen wie den Mindestlohn.

Bei den Arbeitgebern gibt es derzeit zweierlei Sichtweisen auf das Thema. Auf der einen Seite diejenigen, die sich der Situation stellen und in Tarifverhandlungen Löhne oberhalb von 12 Euro vereinbaren wollen. Auf der anderen Seite haben wir diejenigen, die mit der Diskreditierung des Mindestlohngesetzes ihre Niedriglohnstrategie fortschreiben wollen. Das sind die gleichen, die sich über einen Fachkräftemangel beschweren und den Staat um Unterstützung bitten. Anstatt von Staatslöhnen zu sprechen sollten auch diese Arbeitgeber zurück an den Verhandlungstisch kehren und Tarifverträge mit DGB-Gewerkschaften schließen, die den Mindestlohn und Aufstockungsleistungen überflüssig machen.

Deshalb begrüßen wir die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, ein Bundestariftreuegesetz auf den Weg zu bringen. Das brauchen wir schnell. Wer Lohndumping betreibt und sich Tarifverträgen verweigert, soll keine Staatsaufträge mehr bekommen. Für Millionen Beschäftigte kann dieses Gesetz höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bringen. Deswegen muss es jetzt schnell auf den Weg gebracht werden.

Die Bundesregierung hat sich mehr Fortschritt auf die Fahnen geschrieben. Das ist aber ganz klar eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und dazu gehört unweigerlich eine gerechte Steuerpolitik. Die Investitionsbedarfe hierzulande sind enorm. Reiche können und müssen dazu mehr beitragen. Wir haben unseren Vorschlag für ein entsprechendes Steuerkonzept vorgelegt. Gerade das Beispiel der unterbrochenen A45 zeigt, wie fahrlässig mit Investitionen umgegangen wird. Über Nacht wurde die drittstärkste Wirtschaftsregion Südwestfalen vom Fernverkehr abgehängt.

Die Ampel ist an der Stelle leider sehr zurückhaltend. Das ist eine zentrale Schwachstelle des Koalitionsvertrages. Schuldenbremsen und Haushaltsdisziplin sind nicht die Treiber für die notwendigen Investitionen, die wir hierzulande brauchen. Stattdessen braucht es auch eine Stärkung der Staatseinnahmen. Dabei muss es endlich eine Gleichbehandlung aller Vermögen geben. Der größte Posten im Subventionsbericht der Bundesregierung ist die Sonderbehandlung für Betriebsvermögen im Erbschaftsteuerrecht (5- 7Mrd). Das sollte sich Finanzminister Lindner einmal vorknöpfen. Subventionen sind ja ohnehin ein beliebtes FDP-Thema.

Zur Transformation möchte ich folgendes sagen. Die Ampelkoalition hat zwar ein ambitioniertes Paket geschnürt. Das alles kann nur mit einer ambitionierten Strukturpolitik und zusammen mit den Beschäftigten funktionieren. Gegen die Beschäftigten geht das nicht. Als Gewerkschaften wollen und können wir mitgestalten – wir spielen hier eine aktive Rolle.

Das Augenmerk muss dabei noch stärker auf Zukunftstechnologien liegen: Auf dem Ausbau der erneuerbaren Energien, des ÖPNV und der Ladeinfrastruktur, dem Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und der Förderung sozialverträglicher Gebäudesanierung. Die Ampel muss bei Investitionen auf grün schalten: D.h. mehr öffentliche Investitionen, sinnvolle Anreize für private Investitionen, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen ganz nach oben auf die Tagesordnung.

Wir erleben gerade, dass die Strom- und Brennstoffpreise gigantische Höhen erreichen, mit den entsprechenden Folgen für private und gewerbliche Verbraucher. Diese Kostenbelastung ist ein wesentlicher Treiber der Inflation. Die Ampel muss dafür sorgen, dass die Preise weder zu einem sozialen Desaster führen noch die notwendige Transformation verlangsamen. Der DGB hat ein Forderungspapier für kurzfristige Entlastungen vorgelegt. Wir brauchen aber auch strukturelle Veränderungen bei der Finanzierung der Transformation. Abgaben und Umlagen auf den Strompreis sind eine Sackgasse, wenn man Verbraucher und Unternehmen zum Umstieg von fossilen Brennstoffen auf Strom ermuntern möchte. Die Haushaltsfinanzierung der EEG-Umlage kann deshalb nur ein erster Schritt sein. Grundsätzlich geht es aber um eine gerechte Verteilung der Transformationskosten und damit letzten Endes um den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land. Und um es deutlich zu sagen: langfristig ist eine entschiedene, erfolgreiche Energiewende die beste Kostenbremse!